

«Das Belvedere-Projekt ist gut»

Zuerst wurde heftig diskutiert. Am Ende war aber dann doch alles ziemlich klar. Der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug (GGR) hat gestern den Bebauungsplan Belvedere zum zweiten Mal beraten - und ihn mit 26 zu 8 Stimmen genehmigt und festgesetzt. Dem Antrag der alternativen Fraktion auf Aussetzung des Geschäftes stimmten lediglich 8 Parlamentarier zu. Auch die Forderung der SP auf Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat zur Verbesserung lehnte der GGR mit 25 zu 14 Stimmen ab.

Mit dem GGR-Beschluss wird aber das letzte Wort noch lange nicht gesprochen sein. «Das Referendum wird ganz sicher ergriffen», sagte die alternative Fraktionschefin Marianne Zehnder. Und beantragte das Behördenreferendum. Damit hätte das Parlament seinen Beschluss direkt dem Souverän vorgelegt - ohne dass die Gegner auf Stimmenfang hätten gehen müssen. Martin Spillmann-Marty, Präsident der Bau- und Planungskommission (BPK), warnte die Gemeinderäte vor diesem Schritt. Nur wer seine Verantwortung nicht übernehmen wolle, könne diesem Antrag zustimmen. Das Behördenreferendum kam nicht zu Stande. 14 Ratsmitglieder hätten dafür stimmen müssen, es taten dies aber nur 11. Das Volk wird aber voraussichtlich trotzdem mitreden können. Denn die IG Hofmatt, die gegen das Projekt ankämpft, hat schon früh ein Referendum angekündigt. Auch die Alternativen haben derartige Absichten erklärt.

«Nicht zugerisches Gesetz»

Zur Diskussion standen gestern vor allem die Visualisierung des Projektes (wegen der die zweite Lesung im vergangenen Jahr verschoben wurde) und der berechnete, sogenannte Zwei-Stunden-Schatten: Die IG monierte, dass der Zwei-Stunden-Schatten von den Architekten nicht korrekt aufgezeigt werde. Ein Gutachten der Stadt bestätigte diesen Vorwurf. Zudem liessen die Gegner, wie die zuständigen Architekten, eine Visualisierung anfertigen. Diese beiden Bilder unterscheiden sich stark. Eine darauf - auch von der Stadt - in Auftrag gegebene Fotomontage habe laut BPK-Präsident Martin Spillmann-Marty gezeigt, dass die Bilder der IG «reisserisch und tendenziös sind». Und die Debatte um den Zwei-Stunden-Schatten sei unangebracht, da «dieser Schattenwurf nicht Teil des zugerischen Gesetzes ist», man könne sich nicht auf andere Kantone oder Städte berufen.

Aufruf zum Innehalten

Der alternative Gemeinderat Urs E. Meier stellte das Projekt aber eben gerade wegen dieser beiden «Entscheidungshilfen, die korrigiert werden mussten» in Frage. Denn das Nachrechnen des Schattenwurf habe ja die Fehler ersichtlich gemacht. Auch die Vorteile für die Umgebung und das Siedlungsbild durch den Bebauungsplan seien für seine Fraktion nicht ersichtlich. Deshalb beantragten die Alternativen, dass die beiden geplanten Hochhäuser in ihrem Volumen zu reduzieren seien. Auch wollten sie die Aussenräume der Öffentlichkeit vermehrt zugänglich machen. Letztlich forderten sie eine Gesamtschau von Zug Süd. Alle drei Anträge lehnte der Rat aber deutlich ab. Meier prophezeite darauf: «Mit dem Ja zum Bebauungsplan haben Sie die Beerdigung des Belvedere eingeläutet.»

Auch SP-Fraktionschef Urs Bertschi rief zur Besinnung auf. Das Projekt werde zwar als Ganzes von seiner Fraktion als gut bewertet. Es brauche nun aber einen Marschhalt, um die gesamte Qualität des Projektes zu retten. «Denn die politische Ausgangslage ist mittlerweile sehr heikel geworden.» Die Investoren sollten nochmals über die Bücher.

Kein Aufschieben mehr

Davon wollten die Bürgerlichen nichts wissen. «Das Belvedere-Projekt ist gut», sagte CVP-Fraktionschef Hugo Halter. Dieser Meinung schloss sich SVP-Fraktionschef Jürg Messmer an. Durch das Projekt erhalte Zug nötige Hotelbetten, zudem einen Park, der öffentlich zugänglich sei sowie ein Restaurant für die Bevölkerung, so Halter weiter. FDP-Gemeinderat Stefan Moos nannte die Art und Weise, wie sich die Gegner zu wehren versuchten, als «aufdringlich und unsachlich». Er ergänzte jedoch, dass der «Fehler bei der Schattenwurf-Berechnung ungeschickt und verdächtig ist». «Aber der GGR kann einen Bebauungsplan nicht aufgrund von Vorschriften aus anderen Kantonen und Städten ablehnen.»

Autor: Von Yvonne Anliker

© Neue Zuger Zeitung 2008